Nummer 432

Mit Kurszettel **Berliner Börsen-Zeitung** Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jügler, Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung G. Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 27

Abendausgabe . 20 Pfennig. 76. Jahrgang Dienstag, 16. September 1930

Eine verdiente Niederlage.

Von
Bruno Sydow.

Dresden, 15. September.

Das deutsche Bürgertum, der Träger der Verantwortung im Frieden, in der Kriegs- und Nachkriegszeit, hat eine schwere Niederlage erlitten. Es wäre sinnlos, diese Tatsache zu bestreiten, und zwecklos, nach der beliebten Methode Stundenböcke zu suchen und in die Wüste zu schicken. Notwendig ist vielmehr, nach den Gründen zu suchen und eine Wiedergeburt an Haupt und Gliedern vorzunehmen. Das Bürgertum in allen seinen Schichten ist dem Materialismus verfallen; jener geist- und ideenlosen Oede, die zu bekämpfen es vorgibt, aber mit einer größeren Begeisterung und einem wilderen Fanatismus hegt und liebt als jene Parteien, die den krassesten Materialismus offiziell auf ihre Fahne geschrieben haben. Das deutsche Bürgertum ist in der Tat in Interessentenhaufen zerfallen, die sich wild bekämpfen und längst das eine Notwendige vergessen haben, daß materielle Interessen trennen und nur Ideen verbinden können. Der Zerfall in viel Interessentengruppen ist dafür ein Beweis, der nicht zu widerlegen ist. Während der Materialismus konsequent ist und alle Berufsgruppen nach rein materiellen Blickpunkten in der richtigen Erkenntnis zu sammeln vermag, daß es allen Gruppen gut gehen müsse, wenn es der Gesamtheit des sogenannten vierten Standes gut gehe, ist es im bürgerlichen Lager genau umgekehrt. Hier raufen sich die Interessentenhaufen wie hungersbhagere Wölfe um einen Knochen. Und haben schon geschaffen und schaffen noch immer die Grundlagen dafür, daß, rein materiell gesehen, der dritte Stand schon längst in den vierten Stand abgerutscht ist, während der vierte Stand mit seinen prominenten und weniger prominenten Vertretern in breitester Front in den dritten Stand aufgerückt ist. Nicht ein gefüllter Kartoffelkeller, ein Hausbesitz, ein Besitz alter Werte, Beamtenstellung oder freier Beruf sind das charakteristische, das unterscheidende Merkmal des dritten und vierten Standes, sondern die Idee, und wenn man will, die Weltanschauung. Der Marxismus hat es verstanden, aus der Niedrigkeit der Materie eine scheinbare Idee zu machen und so nicht nur dem stumpfen Ansturm des Bürgertums standzuhalten, sondern im scharfen Vorstoß es in die Verteidigungsstellung zu drücken. So mußte die Masse über die Idee triumphieren.

Seit mehr als zehn Jahren ist nicht das deutsche Volk, seine Freiheit und Größe, seine innere sittliche und nationale Wiedergeburt das Alpha und Omega der bürgerlichen Politik, sondern das Interesse des einzelnen Standes und Berufes. Die Kandidatenaufstellungen der Parteien waren ein Raufen zwischen den einzelnen Ständen und Berufen und es hing entscheidend davon ab, ob der Hausbesitzer, der Kartoffelhändler, der kleine oder höhere Beamte, Vertreter der Industrie, der Lehrer oder sonst wer an der oder jener Stelle stand, da es immer in der Phrase um das Wohl der Gesamtheit ging, in Wahrheit aber um Sonderinteressen des einzelnen. Aus diesem inneren Widerspruch entwickelte sich jenes Streberturm, das zwar in stoammenden Worten gegeißelt wird und dem Abscheu aller Anständigen verfallen ist, aber doch unserer ganzen Oeffentlichkeit den Stempel aufdrückt, den wir einst als russisch und bolschewistisch verspottet haben. Jener kategorische Imperativ des großen Weisen von Königsberg ist in sein Gegenteil verkehrt worden. Bis zum Ueberdruß herrschte auch in diesem Wahlkampfe die These vor, daß die deutsche Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit bedroht wäre, und doch meinten die meisten den eigenen Vorteil, den sie im Frieden, in der Kriegs- und Nachkriegszeit festzuhalten gewohnt waren und ihn nur auf Kosten der Allgemeinheit steigern wollten.

Das Problem des Führertums war zum zweitenmal zur Debatte gestellt. Das erstemal war es siegreich, als Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt wurde. Damals siegte der Geist über die Materie, die sittliche Idee über Magenfrage und Geldbeutel. Aus dieser großen Mahnung, aus diesem großen Beispiel hatte man nichts gelernt und versank fast mehr als vorher in krassteste persönliche und ständische Selbstsucht. Man kann doch wohl behaupten, daß die Idee des Führertums einen unerhörten Sieg davongetragen hat. Man kann selbstverständlich über die Führerqualitäten eines Hitler oder eines Stalin in Moskau streiten oder braucht es nicht einmal. Gleichzeitig hier zeigte sich wenigstens der Wille zur Führung. Sonst hätte das große Heer der Nichtwähler sich nicht aufrütteln lassen, sonst hätte es nicht Begeisterung und solche Siege extremer Parteien hervorgebracht. Wobei am Rande bemerkt zu werden verdient, daß die Schwäche der materialistischen Position durch die psychologisch sinnlosen Uniformverbote und Disziplinarversahren geradezu bis zur Evidenz von jenen kleinhirnigen Regierern bewiesen wurde, die einst solche Gewaltmelsoden mit erbittertem Fanatismus bekämpften. Wo zeigte sich sonst ein Führertum? Der Sozialismus hat nur durch den Aufruf seiner letzten Reserven seine eigene Führerkatastrophe noch krampfhaft verschleiern können. Und die übrigen Parteien? Das Kunststückchen der Herren Mahraun und Koch, das sich mit der Glorie staatspolitischem Führertums umkleiden wollte, ist trotz leidenschaftlicher Unterstützung, wie sie außer den Siegerparteien keine einzige andere Partei erfahren hat, von dem sicheren Instinkt der Menge so erkannt worden, daß diese Wahl eine vernichtende Absage an das unechte Führertum bedeutet. Und die Deutsche Volkspartei? Die Partei der Reichsgründung und bürgerlichen Führung in den ersten Jahren der Nachkriegszeit? Ist es etwa ein Bekenntnis zum Führertum, wenn sie in Süddeutschland sich bei der sogenannten Deutschen Staatspartei auf Gnade und Ungnade ergibt und im übrigen Deutschland das Phrasengebäude der Herren um Mahraun und Erich Koch ablehnt? Die etwas hilflose Behauptung des Parteiführers Dr. Scholz auf dem Mannheimer Parteitage, daß auf die Dauer gegen die Arbeiterschaft nicht regiert werden könnte, fand ihre logische Folgerung in dem fortgesetzten hilflosen Jammern um die Sammlung des deutschen Bürgertums und bedeutet in ihrer trostlosen Ideenlosigkeit geradezu den offiziell angemeldeten Verzicht auf Führertum und Führerideee. Es geht eben um letzten nicht um einen gefüllten Kartoffelkeller und ein geschwollenes Portemonnai, es geht im letzten um Dinge von Ewigkeitswert. Es geht um Religion und Sitte und der Väter Glauben, Dinge, die unter der Schwachmütigkeit und Führerlosigkeit, unter der Ueberschätzung des rein Materiellen, der Magenfragen, gelitten haben und von den von ihren Wählern bestellten Heerrufern aus Gründen kalter Zweckmäßigkeit dem schwarzen Tode für jede Idee, dem sozialistischen Marxismus, überantwortet werden sind. Das materielle Leben ist doch der Güter höchstes nicht und das Urteil, „daß nichtswürdig die Nation ist, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre", ist in diesen Wahlen unter Beweis gestellt worden. Die Nation muß gedeihen, die nationalen Güter müssen hochgehalten werden, wenn die Menge freudig folgen soll. Wo aber haben diese Bannerträger der verlierenden Parteien einen solchen Führer aufgewiesen? Oder wenigstens einen, der es zu sein scheint? Oder ist es schließlich Herr Curtius oder Herr Ladendorff? Ich brauche die Frage nicht zu beantworten. Jedermann weiß, daß der nationale Kampf der deutschen Nation nur mit Mitteln geführt werden kann und darf, die ihr zu Gebote stehen. Aber das deutsche Volk hat ein Recht, zu verlangen, daß diese Mittel auch klar, groß und mit Ideen herausgearbeitet und verfaßt werden.

Die Folgerungen daraus liegen klar: Die Parteiendämmerung ist nicht nur eingetreten, sondern das volle Licht der Sonne glänzt ernst über dem Trümmerhaufen. Es muß eine Reform eintreten an Haupt und Gliedern. Ideen müssen herrschen, nicht materialistische Interessen, festgefügte Weltanschauungen und nicht Kartoffelkellerphantasien. Männer müssen herrschen, Persönlichkeiten, nicht blutlose Epigonen, nicht schwülstige Redner, nicht müde Aesthetik und zimperliche Altjüngferlichkeit, sondern die frische unverbrauchte Kraft der Persönlichkeit, die nicht durch den Geruch von Asphalt verdorben ist. Geht es nicht mit den Alten, so geht es mit den Jungen. Es muß gehen, darum wird es gehen. Denn im entscheidenden Augenblick ist, wenn es um die Nation geht, auch Pietät Schwäche. Nicht der Augenblick, der hungrige oder volle Magen darf regieren, sondern der große wundertätige Glaube an die sittliche und nationale Zukunft des Volkes. Das Volk läßt sich nicht mehr betrügen. „Der hat die Macht, an den die Menge glaubt."

Weiterführung des Reformprogramms

Amtlich wird mitgeteilt:

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers trat heute vormittag das Reichskabinett in einen Meinungsaustausch über die durch die Reichstagswahlen geschaffene Lage ein. Es ergab sich die einmütige Auffassung, daß die Reichsregierung das im Sommer in Angriff genommene Programm einer sachlichen Arbeit zur Lösung der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Aufgaben mit allem Nachdruck so weit zu fördern habe, daß dem neuen Reichstag bestimmte Vorlagen zugeleitet werden können.

Dr. Curtius über europäische Fragen.

Es muß endlich abgerüstet werden! — Das ungelöste Minderheitenproblem. Die Notwendigkeit einer europäischen wirtschaftlichen Verständigung.

Genf, 16. September.

Der deutsche Reichsaußenminister Dr. Curtius hielt heute in der Vollversammlung des Völkerbundes eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Es ist meine erste Pflicht, dem Herrn Präsidenten des Rates auf das herzlichste für die schönen Worte zu danken, die er in seiner Eröffnungsrede dem Andenken meines Amtsvorgängers und Freundes Dr. Stresemann gewidmet hat. Sie werden es verstehen, daß ich mir heute, wo ich zum ersten Male die Ehre habe, Deutschland in der Völkerbundsversammlung zu vertreten, die Ausführungen vergegenwärtige, mit denen Stresemann vor vier Jahren vor den Völkerbund trat, und daß ich an die Erwartungen denke, mit denen das deutsche Volk damals diesen bedeutungsvollen Schritt begleitete. Ich sage ganz offen, daß für und die gesamte internationale Entwicklung seitdem manche Enttäuschung gebracht hat. Aber ich kann trotzdem feststellen, daß die grundsätzliche Haltung Deutschlands gegenüber dem Völkerbund heute wie damals eine durchaus positive ist. Innerhalb der einzelnen Staaten können ebenso wie in den internationalen Beziehungen die Konstellationen und die Probleme wechseln, denn die Entwicklung steht nicht still. Aber der Völkerbund bleibt ein wesentlicher, notwendiger Faktor unserer Politik, an dessen Weiterentwicklung wir mit allen Kräften arbeiten werden. Freilich steht der Völkerbund auch heute noch im ersten Stadium seiner Entwicklung und in seiner Betätigung darf keinesfalls eine Stagnation eintreten. Er ist kein bloßer Versuch, an dem sich die Mitglieder im Falle von Enttäuschungen oder Rückschlägen desinteressieren dürfen. Seine Satzung ist vielmehr ein System von Verpflichtungen und von Versprechungen, die zum großen Teil noch einzulösen sind.

In den bedeutsamen Reden, die wir in dieser Debatte gehört haben, ist eine Reihe von großen, schwierigen und dringenden Aufgaben, die vor uns liegen, schon klar gekennzeichnet worden. Es kann nicht überraschen, daß dabei allererstes Sorgen offenen Ausdruck gefunden haben. Denn das erste Erforderniß aller internationalen Bemühungen, die sich in der Tätigkeit und den Institutionen des Völkerbundes verkörpern, ist auch, unbequeme Fragen fest ins Auge zu fassen und die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Wenn oder wobei hier die Möglichkeit angedeutet worden ist, daß die heutigen Zustände in ihrer weiteren Entwicklung sogar zum äußersten, zum Kriege führen können, so halte ich es für unbedingt geboten, auch den bloßen Gedanken an solche Möglichkeiten von vornherein auszuschalten.

Der feste Entschluß, jeden Kriegsgedanken zu verbannen, bedingt auf der anderen Seite, daß an Stelle des Kriegs andere Mittel gefunden und angewendet werden müssen, um den vorhandenen oder neu auftretenden Problemen gerecht zu werden. Denn die Besinnung auf die Notwendigkeit der Erhaltung des Friedens darf nicht zu einer Ignorierung der Fragen führen, die einer Lösung bedürfen. Ich kann in diesem Punkte nur in vollster Ueberzeugung den Worten zustimmen, die wir vor wenigen Tagen von dem Herrn Vertreter Frankreichs gehört haben. Niemals darf der Völkerbund, so sagte Herr Briand mit vollem Recht, sich einer Strömung, einer Idee verschließen, mögen solche Strömungen und Ideen zunächst auch noch so beunruhigend erscheinen. Der Völkerbund müsse — und auch das finde ich völlig zutreffend — in allen solchen Fällen die Führung übernehmen; er dürfe keine Verantwortung scheuen.

Zur Erfüllung der dem Völkerbund obliegenden Aufgaben beigutragen, ist auch im vergangenen Jahr das Bestreben der deutschen Regierung gewesen. Wir haben dabei, wie bei früheren Gelegenheiten, die Auffassung vertreten, daß unsere Arbeit an der Organisation des Friedens darauf gerichtet sein muß, den Krieg nicht in erster Linie durch Vorbereitung von Repressivmaßnahmen, sondern durch vorbeugende Mittel zu verhindern. Wir haben den Grundsatz betont, daß es nicht mit dem bloßen Verbot des Krieges getan ist, sondern daß es darauf ankommt, die Konfliktsursachen zu beseitigen und Vorkehrungen für die friedliche Schlichtung aller Arten von Meinungsverschiedenheiten zu treffen. In diesen Grundsätzen halten wir fest, da wir befürchten müssen, daß ihre Vernachlässigung die ganze Völkerbundstätigkeit in eine falsche Richtung drängen würde. In diesem Sinne scheinen mir die Ergebnisse der Beratungen des Sicherheitskomitees und des zur Angleichung der Völkerbundssatzung an den Kriegsächtungspakt eingesetzten Juristenkomitees geeignete Grundlagen zu sein, die einen wertvollen Ausbau des Systems der Friedensgarantien darstellen würden.

Im Zusammenhang hiermit steht

die Abrüstung.

Es ist unnötig, über diese Frage noch Worte zu verlieren. Auf die Darlegungen, die die deutsche Delegation darüber hier seit vier Jahren macht, sind keine entscheidenden Taten gefolgt. Der Stand der Dinge kann nicht zutreffender gekennzeichnet werden, als dies in den hochbedeutsamen Ausführungen des Herrn Vertreters Großbritanniens geschehen ist.

Die Dinge liegen in der Tat so, daß die Regierungen mit der Erfüllung ihrer rechtlichen und moralischen Verpflichtung zur Abrüstung seit Jahren zur größten Enttäuschung Deutschlands im Rückstande sind. Wir müssen uns über die völlige Unhaltbarkeit dieser Lage einig sein und es als eine Selbstverständlichkeit betrachten, daß die Abrüstungskonferenz nun endlich im Laufe des nächsten Jahres zusammentritt. Die Grundsätze, mit denen die deutsche Regierung vor die Konferenz treten wird, sind oft dargelegt. Wir erwarten eine gerechte, der Sicherheit aller Staaten Rechnung tragende Lösung, volle Publizität und Erfassung aller Rüstungsfaktoren, fühlbare Verminderung der Rüstungen auf der ersten Abrüstungskonferenz und anschließend weitere Schritte zur Abrüstung in kurzen Etappen.

Ein weiteres Problem, dem die deutsche Regierung große Bedeutung beimißt, ist die auch schon von anderer Seite berührte

Minderheitenfrage.

Im Anschluß an vorangegangene Beratungen und Beschlüsse des Völkerbundsrates in Madrid hat im vorigen Jahr der deutsche Vertreter vor der Bundesversammlung seinen Standpunkt zu diesen Beschlüssen und zu der Minderheitenfrage überhaupt ausführlich dargelegt. Auch heute ist der Standpunkt der deutschen Regierung der gleiche. Wenn die Erfahrungen seit dem verflossenen Jahr vielleicht noch keine endgültige Antwort auf die Frage gestatten, ob die in Madrid beschlossenen Verbesserungen des Verfahrens zur wirksamen Durchführung der Garantie des Völkerbundes für den Schutz der Minderheiten ausreichen, so halte ich es doch für notwendig, daß die Bundesversammlung nicht einfach die Weiterentwicklung abwartet, sondern daß sie sich schon jetzt und weiterhin fortlaufend mit der geübten Praxis beschäftigt. Nur so ist es möglich, Gewißheit darüber zu schaffen, ob der Zustand sich eingestellt ist, der nach meiner Ansicht das Ziel der vom Völkerbund übernommenen Garantie sein muß. Nur so ist es möglich, die jetzt geltende Regelung rechtzeitig durch weitere Verbesserungen, wie sie schon früher angeregt worden sind, zu ergänzen, falls die Praxis den an die Garantiepflicht des Völkerbundes zu stellenden Forderungen nicht entspricht. Aus diesem Grunde habe ich die Ueberweisung der Minderheitenfrage an die VI. Kommission beantragt. In der Kommission wird sich die Gelegenheit bieten, zu den einzelnen Punkten des Minderheitenschutzes, insbesondere zu der Behandlung der eingegangenen Petitionen Stellung zu nehmen.

Von dieser Stelle aus möchte ich nur noch einmal betonen, daß es sich bei der ganzen Behandlung der Minderheitenfragen nicht um die Vertretung irgendwelcher Sonderinteressen handelt, sondern um ein wichtiges Element für die Sicherung des Friedens, ein Element, an dem alle Völkerbundsmitglieder in gleicher Weise interessiert sind.

Die Gesamtdiskussion über die Fragen, die durch die gegenwärtige internationale Situation aufgeworfen werden, ist unter einen neuen Gesichtspunkt gerückt worden durch die Einfügung der Frage einer

europäischen Kooperation

in die Verhandlungen des Völkerbundes. Ich schließe mich dem Dank vieler Vorredner für den Staatsmann an, dem es gelungen ist, diese Idee aus der privaten Propaganda in den Pflichtkreis der verantwortlichen Regierungen zu überführen. Kein Land fühlt stärker als Deutschland den Druck und die Gefahr der gegenwärtigen Situation Europas. Kein Land hat lebhafteres Interesse an einem Ausgleich der Spannungen als das in der Mitte des Kontinents gelegene Deutschland. Kein Land kann dringender weitestgehende Kooperation aller Länder Europas wünschen. Nach vielen Jahren einer unter schweren Opfern durchgeführten Politik der Verständigung sieht sich Deutschland gleichwohl auch heute noch in einer Lage, die seiner Regierung Anlaß zu ernster Besorgnis gibt. Das wäre nicht möglich, wenn es schon früher zu einer internationalen Kooperation im wahrsten Sinne des Wortes gekommen wäre. Ich halte es mit Rücksicht auf die grundlegende Reform, zu der alle Schwierigkeiten drängen, für ausschlaggebend, das ganze Problem von vornherein so großzügig als möglich anzufassen, einander widersprechende Tendenzen und naturgemäß vorhandene Spannungen zum Ausgleich zu bringen, im gesamten Interesse aller beteiligten Staaten, deren Politik von dem Grundsatze der Gerechtigkeit und Gleichheit sowie von der Notwendigkeit, Raum für alle Entwicklungsmöglichkeiten zu gewähren, beherrscht sein muß.

Angesichts der Ausführungen vieler Vorredner liegt mir daran, noch etwas näher auf

die wirtschaftlichen Fragen

einzugehen, die in der bisherigen Debatte einen breiten Raum eingenommen haben. Ueberall, mit wenigen Ausnahmen, herrscht diese Depression. Ihre allgemeinen wirtschaftlichen Ursachen sind Ueberproduktion und sinkende Rohstoffpreise, ihre Wirkungen liegen in dem bedrohlichen Umfang von Arbeitslosigkeit, in schwerster Not der Landwirtschaft, in der Erschütterung der sozialen Struktur vor unser aller Augen.

Es mag sein, daß, wie schon so oft selbst nach schwersten Störungen des Gleichgewichts auch dieses Mal kein dauernder Niedergang in der Weltwirtschaft, sondern nur zeitweilige Depression vorliegt. Es mag auch sein, daß in der Krise und durch die Krise selbst Kräfte zu ihrer Ueberwindung erwachsen. Keine Regierung hat aber das Recht, die Dinge sich selbst zu überlassen. Die Not ist so groß, daß die letzten Kräfte zu ihrer Ueberwindung eingesetzt werden müssen, in jedem Lande für sich und durch gemeinschaftliche Anstrengungen.

Die Krise ist wie ein Elementarereignis über uns gekommen. Deutschland ist von ihr stärker betroffen als andere Länder. Das ergibt sich schon aus der einfachen Tatsache, daß seine gesamte Wirtschaft und mit ihr die Landwirtschaft durch Reparationszahlungen auf das schwerste vorbelastet ist. Das kann bei allen diesen Betrachtungen niemals außer Acht gelassen werden.

Es war selbstverständliche Pflicht der deutschen Regierung, einen Schutz gegen Ueberschwemmung mit landwirtschaftlichen Produkten aus anderen Ländern zu errichten, die den Ruin der Landwirtschaft nach sich ziehen mußte. Keine Regierung kann bei der nun heute einmal bestehenden Wirtschaftsordnung es untätig ansehen, wenn z. B. die Getreide-